

Rettungsaktion für den Berner «Bund»

Breit abgestützte Solidaritätsbezeugungen

Kiefer J. (kfr)

Der Berner Tageszeitung «Der Bund» schlägt zurzeit eine Solidaritätswelle von beachtlicher Grösse entgegen: Tausende sind um ihre Zukunft besorgt. Ihnen missfällt in erster Linie, dass sich die neue Besitzerin für eine Fusion mit der «Berner Zeitung» entscheiden könnte.

kfr. Bern, 8. Januar

Die Berner Regierungspräsidentin Barbara Egger-Jenzer hat ihre Standortbestimmung für 2009 mit einer Restanz aus dem alten Jahr beendet. Die Regierung habe am 18. Dezember der Zürcher Tamedia AG ihre Haltung zur Zukunft der Presse auf dem Platz Bern dargelegt. Im Schreiben steht, man würde es «aus demokratie- und medienpolitischer Sicht» bedauern, wenn die Zeitung «Der Bund» als redaktionell eigenständiges Presseprodukt aufgegeben würde. Die Regierung erachte es als wichtig, dass auch in der Hauptstadt Bern weiterhin zwei Tageszeitungen mit eigenständigen Redaktionen das politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Geschehen eng begleiten. Das ist nur eine unter Tausenden von Reaktionen auf die Mitteilung der «Bund»-Besitzerin Tamedia, sie sei aus finanziellen Gründen zum Handeln im Verlaufe des Jahres 2009 gezwungen. Die neue Besitzerin der Berner Traditionszeitung zieht zwei Modelle in Betracht: entweder die Zusammenarbeit des «Bunds» mit dem «Tages-Anzeiger» oder sein Aufgehen in der «Berner Zeitung» (NZZ 2. 12. 08).

Ein Komitee wirbt für zwei Zeitungen

Die Reaktionen fanden ihren Niederschlag in mehrheitlich negativen Leserbriefen und redaktionellen Beiträgen, sie sind aber vor allem der Webseite des Komitees «Rettet den <Bund>» zu verdanken. Die Aktion des PR- und Kommunikationsberaters Mark Balsiger verzeichnet mittlerweile 8000 Mitglieder – das wird als überwältigende Solidarität bewertet. Sie haben eine Petition unterzeichnet, welche die Zeitung als eine bald 160 Jahre alte Institution bezeichnet. Ihr Markenzeichen seien ernsthafte, an Relevanz orientierte Prioritäten,

unaufgeregte Berichterstattung, kompetente Analysen und unvoreingenommene Kommentare. Für das 21 Personen umfassende Co-Präsidium stellten sich Politiker aus mehreren Parteien zur Verfügung; dazu kommen Kulturschaffende sowie Vertreter von Wirtschaft und Wissenschaft. Sie setzen sich dafür ein, dass «die aussergewöhnliche Zeitung im Strudel von Restrukturierungen und Sparmassnahmen nicht zerstückelt wird».

Das Komitee hält fest, ein Ausschuss sondiere in verschiedene Richtungen, führe Gespräche und möchte auf konstruktive Weise neue Optionen ermöglichen. Zwar wird von den beiden Möglichkeiten die Variante mit dem um einen Berner Lokalteil ergänzten «Tages-Anzeiger» ebenfalls verworfen – das habe lediglich zur Folge, dass eine «ausgehungerte» «Bund»-Redaktion nur noch ein paar Artikel selber beisteuern könne. Andererseits ist eine weitergehende Selbständigkeit im Blick auf die schwierige wirtschaftliche Lage kaum denkbar. Ausgeschlossen wird auch eine Fusion mit der «Berner Zeitung», denn für die Meinungsvielfalt brauche Bern zwei Zeitungen.

Divergierende Meinungen zur Zukunft

Diese Auffassung stimmt allerdings nicht mit den Ansichten des früheren «Bund»-Chefredaktors Peter Ziegler überein. In einem Beitrag, der von der «Weltwoche» in gekürzter Form und in seinem ehemaligen Blatt in voller Länge publiziert wurde, vertritt er die These, dass Bern und die Schweiz eine neue Zeitung brauchen und dass sie «Bund» heissen muss – aber als Produkt einer Fusion beider Blätter in der Bundesstadt sowie einer Kooperation mit dem «Tages-Anzeiger». Dem widerspricht wiederum Roger Blum, Professor für Medienwissenschaft an der Universität Bern. Er verweist auf Beispiele einer Verarmung des öffentlichen Diskurses an Orten, die über eine Monopolzeitung verfügen; er nennt dazu die Städte Basel, Luzern, Schaffhausen und St. Gallen sowie eine Reihe ländlicher Kantone. Jetzt biete sich ernsthaft und vielleicht letztmals die Chance, den «Bund» in eine grössere Zeitung einzubetten, in den «Tages-Anzeiger». Blum begründet das damit, dass beide Zeitungen einen ähnlichen Journalismus betrieben, auch wenn sich ihre Positionen nicht immer deckten, und von ähnlichen Qualitätsansprüchen ausgingen.

Mit der seit Beginn des neuen Jahrtausends halbierten Redaktion ist «Der Bund» heute vor allem eine Zeitung für die Bundesstadt, die auch auf eine umfassende Berichterstattung über die kantonale Politik Wert legt und zudem bereits einen gemeinsamen Sportteil mit der «Berner Zeitung» hat, die ihrerseits mit ihrem gesplitteten Regionalteil die Gemeinden bedient. Was eine

Neuordnung namentlich für das politische Geschehen in der Stadt zu bedeuten hätte, das kritischer als auch schon kommentiert wird, lässt sich erst abschätzen, wenn die Entscheide gefallen sind. Aus den breit abgestützten Solidaritätsbezeugungen geht jedenfalls noch nicht hervor, wie man es anstellen will, eine defizitäre Zeitung über Wasser zu halten.